

Editorial – Der Sozialstaat in der Klimakrise. Sozialpolitische Aspekte der ökologischen Transformation

Thomas Barth¹, Antonio Brettschneider² und Joachim Lange³

Jahrzehntelang wurde die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Grunde als Zukunftsprojekt diskutiert. Geht es doch darum, zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu erhalten und die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, indem beispielsweise das Ziel einer kohlenstoffneutralen Wirtschaftsweise anvisiert wird. Diese Zukunftsorientierung ist auch heute nicht falsch, jedoch längst nicht mehr ausreichend. Politik für eine ökologische Transformation ist Politik mitten in der Klimakrise. Insofern handelt es sich nicht mehr um Politik für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart. Die Notwendigkeit für gegenwärtige Nachhaltigkeitspolitik ist heute auch in den reichen, frühindustrialisierten Gesellschaften etwa in Form von Extremwetterereignissen deutlich spürbar geworden.

Die Bepreisung von CO₂ und die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sind zentrale Elemente einer solchen Nachhaltigkeitspolitik. Da sie einkommensschwache Haushalte relativ gesehen stärker belasten als einkommensstarke (die von den Politikmaßnahmen z.T. auch profitieren), hat sich eine intensive Debatte über die sozialpolitischen Auswirkungen der ökologischen Transformation entwickelt. Dabei standen in jüngerer Zeit Ausgleichsmechanismen wie die Abschaffung der EEG-Umlage oder das geplante Klimageld im Vordergrund der Debatte.

In dieser Diskussion werden die Zielkonflikte zwischen Sozialpolitik und ökologischer Transformation betont, wozu auch die grundsätzliche Frage zählt, ob das Versprechen des deutschen Sozialstaats, gesellschaftlichen Wohlstand durch Beteiligung an anhaltendem Wirtschaftswachstum zu erreichen, nicht an „Grenzen des Wachstums“ stößt. Neben Zielkonflikten gibt es aber auch Synergieeffekte: So leiden einkommensschwächere Gruppen häufig besonders unter negativen Umwelteinflüssen. Auch kann die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs Lenkungswirkungen erzielen und sozialstaatliche Handlungsspielräume erweitern.

Daneben stellen sich auch die Fragen: Wie müsste der institutionell gewachsene (deutsche) Sozialstaat umgebaut werden, um eine Politik der konsequenten Dekarbonisierung zu flankieren, sozial abzufedern und für breite Bevölkerungsschichten akzeptabel zu machen? Ist der Sozialstaat im Wesentlichen eine Instanz, die Wohlstandsverluste (und ggf. Verhaltenszumutungen) kompensieren soll, oder lassen sich darüber hinaus übergreifende Gestaltungsperspektiven identifizieren, in denen die gesellschaftsgestaltende Funktion der Sozialpolitik stärkeres Gewicht hat? Welcher Natur sind eigentlich die gesellschaftlichen Kernkonflikte, die mit einer (sozial-)ökologischen Transformationspolitik verbunden sein könnten: klassische Verteilungs- oder Kulturkonflikte und grundlegende gesellschaftspolitische Steuerungsfragen? Welche relevanten (zivil-)gesellschaftlichen Akteure stehen in welchen womöglich konflikthaften oder auch von Allianzen geprägten Beziehungen zueinander?

Vor diesem Hintergrund und angesichts des immer knapper werdenden Zeitkorridors scheint nahezu unstrittig, dass die Sicht auf Sozialpolitik und die Systeme sozialer Sicherung sich grundlegend

¹ *Barth*, Dr. Thomas, Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt am Main, t.barth@em.uni-frankfurt.de.

² *Brettschneider*, Prof. Dr. Antonio, TH Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, Ubierring 48, 50678 Köln, antonio.brettschneider@th-koeln.de.

³ *Lange*, Dr. Joachim, Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, Rehburg-Loccum, joachim.lange@evlka.de.

transformieren müssen. Die Entwicklung einer nachhaltigen, ökologischen Sozialpolitik ist vonnöten, deren erstes Ziel darin besteht, die Belastungen und Ungleichheitseffekte sowohl der Folgen des Klimawandels als auch der Transformation in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit sozial abzusichern. Zweitens sind genuin sozialpolitische Beiträge zur Transformation von gegenwärtig nicht nachhaltigen Lebensweisen zu leisten. Das Problem besteht jedoch trotz gesellschaftlich unterschiedlicher Interessenslagen nicht darin, über derart allgemeine Bestimmungen Einigkeit zu erzielen. Die Schwierigkeit ist, dass solche Bestimmungen in konkrete Maßnahmen und politische Instrumente umzusetzen sind, die jeweils Kosten verteilen und Zumutungen beinhalten. Die Einschätzungen zur Ausgestaltung angemessener und effektiver Politiken gehen – auch in den Beiträgen dieses Heftes – durchaus auseinander. Vielfach stehen wir noch am Beginn der notwendigen Wissensproduktion, sodass die Beiträge des vorliegenden Heftes eine Such- und Sondierungsbewegung dokumentieren, bei der es immer noch im Wesentlichen darum geht, die Komplexität und die verschiedenen Facetten einer grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Herausforderung auszuloten. Darüber hinaus geht es aus sozialpolitischer Perspektive um konkrete Optionen für die stärkere Verknüpfung von Klima- und Sozialpolitik im Sinne einer (bisher eher als vages Konzept aufscheinenden) „Klimasozialpolitik“.

Das vorliegende Themenheft geht aus zwei Tagungsvorhaben aus dem Jahr 2022 hervor: Zum einen aus der Jahrestagung 2022 der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt „Sozialpolitische Aspekte der ökologischen Transformation in Zeiten sicherheitspolitischer Herausforderungen“, die in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum geplant wurde; zum anderen aus einer Veranstaltung der beiden Sektionen Sozialpolitik sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie auf dem 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die 2022 unter dem Titel „Ungleichheitseffekte klimapolitischer Maßnahmen und die Rolle der Sozialpolitik“ durchgeführt wurde.